

Arbeitstagung 2023: Zusammenfassung der Ergebnisse

1.) Ausgangspunkt der Arbeitstagung ist am [Mittwoch, den 31.5.23](#) der Vortrag von Steffen Liebig (Uni Jena) dazu, was die verschiedenen Krisen für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner*innen bedeutet.

Liebig identifiziert in seinem Beitrag vier Krisen, die sich z. T. gegenseitig überlappen:

1.) Corona-Krise: Die Corona-Krise hat bereits bestehende Ungleichheiten wie in einem Brennglas verschärft. Einige Gruppen sind von der Krise besonders stark betroffen, beispielsweise die Beschäftigten in Krisenbranchen (etwa solche in Hotels und Gaststätten, im Kulturbereich oder in der Pflege), ebenso die Beschäftigten, für die kein Tarifvertrag gilt sowie prekär Beschäftigte (Minijobber*innen; Leiharbeitskräfte). Da sie in diesen Bereichen besonders häufig arbeiten, sind zudem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund generell überdurchschnittlich betroffen.

2.) Geopolitische Krise: Das internationale Wettrennen der Staaten um Macht und Einfluss führt ab etwa 2018 dazu, dass die Rüstungsausgaben in vielen Ländern, darunter Russland, Ukraine und auch den Mitgliedsstaaten der NATO, deutlich ansteigen, wie z. B. Zahlen des Friedensforschungsinstituts SIPRI belegen. Aufgrund der Orientierung an der Zielvorgabe der NATO, 2% des Bruttosozialprodukts für die Rüstung auszugeben, drohen die Rüstungsausgaben in Deutschland in Konflikt zu geraten mit anderen staatlichen Aufgaben, gerade auch sozialstaatlichen Leistungen. Das gilt erst recht unter den rigiden Bedingungen der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse für Staatsausgaben.

3.) Ökologische Krise: Bis zum Jahr 2018 hat sich die Erde um ca. 1 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit erwärmt. Bis etwa 1,5 Grad ist die Erderwärmung nach Einschätzung der Naturwissenschaften noch einigermaßen beherrschbar, eine stärkere Erwärmung könnte kaum umkehrbare Kippunkte für das Klima in Gang setzen und schwerwiegende Folgewirkungen für viele betroffene Menschen haben. Würden nur die aktuellen Zusagen umgesetzt, die bisher zur Begrenzung des CO₂-Anteils an der Luft abgegeben wurden, werde die Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit wahrscheinlich auf knapp 3 Grad oder im schlimmsten Szenario sogar auf rund 4 Grad Celsius hinaulaufen, mit katastrophalen Folgen.

4.) Soziale Krise der Lebenshaltungskosten: Die Inflationsrate in Deutschland hat lange unter 2% im Jahr gelegen. Seit 2020 sind die Preise in historisch fast beispiellosem Umfang angestiegen. Im Schnitt sind die Preise 2022 um 6,9% angestiegen, allerdings in einigen Bereichen besonders stark. Letzteres gilt vor allem für die Preise für Öl und Gas, aber auch für Lebensmittel. Seit 2021 sind außerdem auch die Verbraucherpreise stärker als die Erzeugerpreise angestiegen (in Österreich wird das inzwischen „Gierflation“ genannt, d. Protokollant). Seit 2020 hat es aufgrund der hier skizzierten Entwicklung drastische Reallohnverluste gegeben, die bisher nicht ausgeglichen worden sind. Die Vermögensverteilung verbleibt zudem stabil ungerecht: 1% der deutschen Bevölkerung besitzen rund 25% des gesamten Vermögens, die unteren 50% nur 1%, wobei die Menschen in der unteren Einkommenshälfte sogar oftmals verschuldet seien dürften.

Die Arbeits- und Sozialpolitik in diesen Krisenzeiten sieht so aus, dass es im letzten Jahr drei größere Entlastungspaketen für die Einwohner*innen gegeben hat, deren Umfang sich von Mal zu Mal deutlich erhöht hat; das letzte Paket hat einen Umfang von rund 200 Mrd. Euro. Es handelt sich um eine Vielzahl von Maßnahmen, die nach dem Gießkannenprinzip über alle Einkommensgruppen verteilt werden. Eine Umverteilung findet nicht statt, vielmehr wirken die eingeleiteten Maßnahmen „statuskonservierend“. Die Anhebung des Mindestlohns im letzten Jahr hat dagegen einen gewissen positiven Effekt auf die Einkommen unterer Einkommensgruppen gehabt, aber natürlich nur, soweit die überhaupt eine Arbeitsstelle haben. Was das Bürgergeld betrifft, so ist es den Arbeitgebern und ihren politischen und medialen Verbündeten gelungen, Menschen mit schlechten Arbeitsbedingungen und

niedrigen Löhnen gegen Grundsicherungsbeziehende auszuspielen. Diese Kampagne hat nach Einschätzung von Steffen Liebig bis in Gewerkschaftskreise hinein Erfolg gehabt.

Forderungen: Steffen Liebig rät vor diesem Hintergrund dazu, Brücken zu schaffen zwischen den Beschäftigten einschließlich den Prekären und den Erwerbslosen. Es müssten Lohnsteigerungen gefordert werden, ebenso sollten wir betonen, dass eine armutsfeste Grundsicherung die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften verbessere. Die Einheit der Lohnabhängigen müsse gestärkt werden, daran sollten wir alle Forderungen ausrichten und sie dann mit ökologischen Forderungen verbinden (z. B. die Sicherstellung des ökologischen Existenzminimums bei Heiz- und Stromkosten fordern).

II.) Im Anschluss an den Vortrag sammeln wir sodann im Plenum Forderungen, die sich aus der Analyse von Steffen Liebig für unsere Arbeit ergeben, und die an der Pinnwand zusammengetragen werden. Das sind im Kern folgende Forderungen:

- deutlich höhere Regelsätze;
- zeitnahe Anpassung der Regelsätze;
- transparente Bestimmung der Höhe der Regelsätze, unter Beteiligung der Erwerbslosen;
- Stromkosten zusätzlich zur Regelleistung;
- Sozialtarife für Grundbedürfnisse;
- Übernahme der vollen Wohnkosten;
- (ausreichend) Sozialer Wohnungsbau;
- Stärkung der Sozialversicherungen (Arbeitslosen- und Rentenversicherung),
- Gleichheitsprinzip in der SV und Abschaffung des Beamtenstatus;
- Kindergrundsicherung;
- 9- Euro-Ticket;
- Teilhabe- und Chancengesetz: Praxis der Jobcenter kritisch prüfen;
- Weg mit der Gießkannel;
- Gegen den Zwang zur Digitalisierung agieren;
- wertschätzender Umgang mit älteren Erwerbslosen;
- kulturelle Organisationen im Bund schaffen, um die soziale Teilhabe von Erwerbslosen abzusichern;
- 2% des BSP (untere Haltelinie) für ÖPNV, Bildung, Kitas, Soziales.

III.) Am **Donnerstag, den 1.6.2023** referiert Kai Eicker-Wolf (DGB Hessen) zum *ökonomischen Auseinanderdriften der Gesellschaft, konkreten Entwicklungen und deren Ursachen*, aber auch zu Eingriffsmöglichkeiten für uns. Der Referent betont zunächst in Anlehnung an Thomas Piketty (Autor u. a. von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, C.H. Beck-Verlag 2014) den großen Einfluss der Steuerpolitik auf das Auseinanderdriften der Einkommen. Andere wichtige Faktoren sind für ihn die Tarifpolitik und der Mindestlohn, daneben die Höhe der Sozialtransfers und die Bildungspolitik.

Tendenzen: Die Tarifbindung der Unternehmen geht stark zurück, was die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft schwächt. Auch die Armutsquoten in der Gesellschaft steigen, nach letzten verfügbaren

Zahlen sind 21% der Bevölkerung von Armut akut bedroht bzw. betroffen. Die Einkommen sind insgesamt sehr ungleich verteilt. Den Inhaber*innen hoher Einkommen erlaubt das das Ansparen von (oft zusätzlichem) Vermögen, dessen Verzinsung wiederum die Ungleichheit verstärkt.

Die reichsten 10% der deutschen Bevölkerung besitzen nun schon 62% des gesamten Vermögens. Die Steuersätze in den oberen Einkommensklassen wurden in den letzten Jahrzehnten abgesenkt, die Erhebung der Vermögenssteuer ist seit 1995 ausgesetzt. Auch die Erbschaftssteuer wurde gesenkt. Die Konsumsteuern (z. B. Mehrwertsteuer) bekommen gegenüber der Einkommenssteuer und den Steuern auf Vermögen höheres Gewicht, was die Umverteilung von unten nach oben verschärft.

Seit 2020 sind zudem die Preise stark angestiegen, was zu massiven Kaufkraftverlusten für weite Teile der Bevölkerung geführt hat. Das liegt nicht etwa an einer „Lohn-Preis-Spirale“, die in Deutschland zurzeit nicht existiert, sondern stellt vor allem wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine eine Auswirkung der stark steigenden Energie dar. Die untere Einkommenshälfte belasten diese Entwicklungen auch stärker als die anderen Gruppen, sie haben keine Reserven und brauchen ihr Geld zum Leben, sie können kaum etwas zurücklegen. Kai Ecker-Wolf erwartet auch nur einen allmählichen Rückgang des Preisanstiegs im laufenden Jahr.

Der Referent skizziert dann die praktischen Auswirkungen der zunehmenden Ungleichheit:

- Verstärkte soziale Probleme und Unterminieren des gesellschaftlichen Zusammenhalts;
- Ein schlechteres Bildungsniveau, höhere Kriminalitätsraten, u. ä. nachteilige Entwicklungen in der Gesellschaft;
- Politische Entscheidungen entsprechen den Interessen oberer Einkommensgruppen;
- Zunehmender Verdruss in unteren Einkommensgruppen wegen fehlender politischer Repräsentanz und wegen fehlender politischer Erfolge bei ihren Anliegen (das bildet die Basis für die politischen Erfolge rechtspopulistischer Gruppierungen in ganz Europa, so die Einschätzung des Referenten).

Was müsste laut Kai Ecker-Wolf jetzt eigentlich passieren?

- Egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung;
- Abbau des öffentlichen Investitionsstaus (liegt bei den Kommunen bei ca. 180 Mrd. €);
- sozial- ökologische Transformation finanzieren (IMK: 600 – 800 Mrd. € in zehn Jahren nötig);
- Stärkung der Tarifbindung;
- Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand (z. B. Krankenhäuser);
- Angemessene Höhe der Sozialtransfers;
- Geduldiges Verringern der Inflation;
- Rüstungsausgaben nicht so stark wie geplant erhöhen.

IV.) Anschließend stellt die KOS die Forderungen des Bündnisses „AufRecht bestehen“ gegen die Krise(-n) vor. Die sehen in geraffter Form wie folgt aus:

- Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro;
- Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung für gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit;
- eine solidarische Mindestrente, die wirklich zum Leben reicht;
- eine existenzsichernde bzw. armutsfeste Grundsicherung;
- Abschaffung der Sanktionen;
- grundlegende Überarbeitung der Zumutbarkeitsregelungen;
- einen niedrigschwiligen Zugang zu Sozialleistungen und wohlwollendes und rechtskonformes Handeln der Behörden;
- eine Kindergrundsicherung, die Kinder und Jugendliche aus der Armut holt und eine aktive Teilhabe ermöglicht.

Weitere Einzelheiten sind dem Aufruf „Eckpunkte für eine menschenwürdige Existenzsicherung und Arbeitsmarktintegration“ des Bündnisses „AufRecht bestehen“ aus dem Jahr 2021 zu entnehmen (s. https://www.erwerbslos.de/images/Hartz_IV_ohne_Wenn_und_Aber_abschaffen.pdf).

V.) In zunächst fünf, dann vier nach regionalen Gesichtspunkten eingeteilten Arbeitsgruppen diskutieren wir, wie wir aktiv werden und diese Forderungen umsetzen können. Die Ergebnisse der Diskussion werden mittels Karten an Pinnwänden geheftet und gesammelt und schließlich allen Anwesenden noch am Donnerstag und dann am **Freitag, den 2.6.23** in großer Runde vorgestellt.

So fordern die Mitglieder der AG 1 beispielsweise, dass die öffentliche Daseinsvorsorge (benannt werden Gesundheit, Bildung, Verkehr) in die öffentliche Hand gehöre. Stromsperrern müssten gesetzlich verboten werden. Das Menschenrecht auf Wohnen sei sicherzustellen, es brauche bezahlbaren Wohnraum. Ebenso müsse eine Kindergrundsicherung eingeführt, die digitale Teilhabe aller Einwohner*innen sichergestellt, die Stigmatisierung von Leistungsbezieher*innen abgebaut, ein flächendeckendes Sozialticket eingeführt, die Regelsätze halbjährig an die Inflationsentwicklung angepasst und Weiterbildungen nicht von den Kommunen, sondern vom Bund übernommen werden. Außerdem müsse für Betroffene vor Ort eine gute Möglichkeit zur Beratung bestehen.

Andere AGs beschäftigen sich ferner intensiv mit der Regelsatzerhöhung und fordern in diesem Zusammenhang u.a., dass die Stromkosten im Rahmen der Grundsicherungsleistungen nach SGB II oder XII zusätzlich zur Regelleistung gezahlt werden müssen. Die Regelsätze müssen erhöht und regelmäßig an die Preisentwicklung angepasst und die Wohnkosten in voller Höhe übernommen werden, die Entstehung von Altersarmut auch durch Übernahme von Rentenversicherungsbeiträgen in Zeiten des Bürgergeldbezugs verhindert werden.

Diese Ziele könnten wir in Zusammenarbeit mit Bündnispartnern wie z.B. den Gewerkschaften, Sozialverbände, Bewegungen wie Fridays for Future und Parteien erreichen. Ebenso gelte es, in unseren Aktionen vielfältig zu sein, als Beispiele werden genannt: Postkarten-Aktionen und Bürgersprechstunden von Abgeordneten zur Aufklärung zu nutzen, einen Mietnotruf einzurichten und die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung der Regelsätze zu informieren sowie darüber, wie wenig das dort enthaltene Geld zum Leben ausreicht.

Andere AGs entwerfen weitere Aktionsideen. So die Mitglieder der AG 2, die sich die Nutzung sozialer Medien, von Webseiten mit Material sowie Podcasts zur Aufklärung der Öffentlichkeit vorstellen, aber auch musikalische Aktionen, Straßentheater, Kunstinstallationen, Flashmobs und Formen des zivilen Ungehorsams. Ebenso könnten z. B. kritikwürdige Zustände ironisch mit einer „sauren Gurke“ geehrt oder eine KI programmiert werden.

Andere AGs sprechen sich z. B. für die Kontaktaufnahme zu Politiker*innen von Bund, Ländern und Kommunen aus, das könne z. B. im Vorfeld von Wahlen geschehen, etwa indem man bei Wahlveranstaltungen konkrete Fragen an die Kandidat*innen stelle, aber auch z. B. im Rahmen von Bürgerstunden. Weitere Ideen sind die Zusammenarbeit mit Energieversorgern zur Verhinderung von Energiesperren, die Entwicklung eines Newsletters, weitere Aktionstage begleitet vom Verteilen von Flugblättern und von Aktionen und dem Werben für seine Positionen mit Infoständen z.B. bei Stadtteilstellen. Auch das gezielte Brücken bauen zu den Gewerkschaften, zu Kulturschaffenden, den Medien und zu Kirchen, zu Landesarmutskonferenzen, zur Antifa und zu den Verbänden können neue Perspektiven schaffen und zu Veränderungen beitragen.

VI. Abschließend wird am Schluss der Tagung unter dem Punkt *Verschiedenes* angeregt, dass wir bei Jobcentern und Beiräten nachfragen und allgemein im Auge behalten, ob und wieviel Geld die Jobcenter in diesem Jahr überhaupt für Maßnahmen nach § 16 e und § 16 i des SGB II ausgeben. Oder ob die Jobcenter diese Maßnahmen nach Einführung des Bürgergeldes samt seiner verbesserten Weiterbildungsförderung einfach unterlaufen. Dieser Vorschlag stößt auf einige Resonanz. Auch die KOS signalisiert, dass sie an diesem Thema Interesse hat.